



Karl Holmeier
Mitglied des Deutschen Bundestages

Sprecher der CSU-Landesgruppe für
Wirtschaft und Energie,
Verkehr und digitale Infrastruktur,
Bildung und Forschung, Tourismus

Pressemitteilung

MdB Karl Holmeier: Verlängerung der Mautbefreiung für Erdgas-Lkw beschlossen!

In der Sitzung am 6. Mai 2020 hat der Ausschuss für Verkehr und digitale Infrastruktur die Verlängerung der Befreiung von Erdgas-Fahrzeugen von der Lkw-Maut bis zum 31. Dezember 2023 beschlossen.

Berlin, 06.05.2020

Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Jakob-Kaiser-Haus
Telefon 030 227 – 7 21 00
Fax 030 227 – 7 68 65
karl.holmeier@bundestag.de

Wahlkreisbüro Schwandorf
Pesslerstraße 1
92421 Schwandorf
Telefon 09431–96 04 29
Fax 09431–96 04 34

Wahlkreisbüro Cham
Dr.-Karl-Stern-Straße 4
93413 Cham
Telefon 09971–99 63 700
Fax 09971–99 63 701
karl.holmeier@wk.bundestag.de

Der Verkehrsausschuss des Deutschen Bundestags hat die Verlängerung der Mautbefreiung für Erdgas-Lkw um drei weitere Jahre beschlossen. Hierfür hatte sich die CDU/CSU-Bundestagsfraktion bereits seit geraumer Zeit stark gemacht. Das Mitglied des Verkehrsausschusses und der Bundestagsabgeordneter für den Wahlkreis Schwandorf/Cham, Karl Holmeier erklärt dazu:

„Die Verlängerung der Mautbefreiung ist nicht nur ein Erfolg für die Union. Sie ist vor allem ein Erfolg für den Klimaschutz. Erdgas ist derzeit die einzige verfügbare klimafreundliche Alternative zum Diesel für schwere Nutzfahrzeuge wie Lkw. Durch die Verlängerung unterstützen wir die Unternehmerinnen und Unternehmer der Transportbranche weiterhin dabei, ihre Flotten auf klimafreundlichere Antriebe umzustellen. Außerdem schaffen wir für Hersteller und Unternehmer die dringend benötigte Investitionssicherheit.“

Die Mautbefreiung ist ein Anreiz für die Transportbranche, in klimafreundlichere Erdgas-Fahrzeuge zu investieren. Damit soll die Entwicklung des Transportsektors hin zu weniger Emissionen unterstützt werden.

Die Verlängerung der Mautbefreiung bis zum 31. Dezember 2023 ist Teil mehrerer Anpassungen im Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen zum Entwurf eines Achten Gesetzes zur Änderung des Bundesfernstraßengesetzes. Der Gesetzentwurf soll in der kommenden Woche im Deutschen Bundestag debattiert werden. Der Bundesrat wird sich voraussichtlich im Juni mit dem Gesetz befassen.